



**Landkreis  
Rotenburg**  
(Wümme) | Der Landrat

## **Niederschrift** - öffentlicher Teil -

über die  
**15. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und  
Organisation**  
**am 02.12.2025**  
**in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal**

### **Teilnehmer:**

#### **Mitglieder des Kreistages**

|                             |                                         |
|-----------------------------|-----------------------------------------|
| Abg. Ernst Behrens          |                                         |
| Abg. Doris Brandt           | Vertretung für Abgeordneten Nils Bassen |
| Abg. Nico Burfeind          |                                         |
| Abg. Thomas Busch           |                                         |
| Abg. Wolfgang Harling       |                                         |
| Abg. Marco Körner           |                                         |
| Abg. Detlef Kück            |                                         |
| Abg. Henry Michaelis        | Vertretung für Abgeordneten Robert Abel |
| Abg. Günter Scheunemann     |                                         |
| Abg. Bernd Sievert          |                                         |
| Abg. Dirk-Frederik Stelling |                                         |

#### **Verwaltung**

Frau Dr. Silke Fricke (Dez. I)  
Herr Axel Bolz (Amt 20)  
Frau Antje Ebenwalder (Amt 15)  
Herr Marco Groth (Amt 10)  
Herr Sebastian Roy (Personalratsvorsitzender)  
Frau Dr. Emese Stauke (Amt 12)  
Frau Katja Weiße (Gleichstellungsbeauftragte)  
Herr Alexander Oestmann (Amt 20)  
Herr Jochen Twiefel (Büro des Landrates)

Entschuldigt:

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Robert Abel  
Abg. Nils Bassen  
Abg. Tobias Koch  
Abg. Sünje Loes

## Tagesordnung:

### a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation am 28.10.2025
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Direktübertragungen der Sitzungen des Kreistages  
Vorlage: 2021-26/1027
- 6 Haushaltsplan 2026; hier: Beratung der Produkte der Teilhaushalte 1 und 9  
Vorlage: 2021-26/1066
- 7 Entwurf des Stellenplans 2026 und der Stellenübersicht 2026 für den Nettoeregietrieb Abfallwirtschaft  
Vorlage: 2021-26/1065
- 8 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2026 und Stellenplan 2026  
Vorlage: 2021-26/1067
- 9 Bauprojekt: BRV-09-2 Gymnasium Sporthalle, Baumaßnahme; hier: Antrag auf Fördermittel des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BBSR) für Baumaßnahmen am Gebäude der Sporthalle des Gymnasiums Bremervörde  
Vorlage: 2021-26/1078
- 10 Anfragen

### a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Vorsitzender Harling** eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter der Presse und der Verwaltung und stellt anschließend die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Die Abgeordneten Sünje Loës und Tobias Koch fehlen entschuldigt.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Vorsitzender Harling** erklärt, der bisherige Tagesordnungspunkt 10 „*Bauprojekt: BRV-09-2 Gymnasium Sporthalle, Baumaßnahme; hier: Antrag auf Fördermittel des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BBSR) für Baumaßnahmen am Gebäude der Sporthalle des Gymnasiums Bremervörde*“ sei in der Einladung irrtümlich zur Beratung im nicht öffentlichen Teil der Sitzung vorgesehen gewesen. Dieser solle aber öffentlich behandelt werden. Der Tagesordnungspunkt werde deshalb nunmehr als neuer Tagesordnungspunkt 9 in den öffentlichen Teil vorgezogen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte würden sich entsprechend verschieben.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung einstimmig in der vorstehenden neuen Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation am 28.10.2025**

---

**Beschluss:**

Die Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation am 28.10.2025 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

|               |   |
|---------------|---|
| Ja-Stimmen:   | 9 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung:   | 2 |

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

---

**Frau Dr. Fricke** berichtet wie folgt:

Auszahlung der ersten Raten im Rahmen des niedersächsischen Paktes für Kommunalinvestition

Letzte Woche habe das Land den ersten Abschlag im Rahmen des Paktes für Kommunalinvestitionen ausgezahlt. Insgesamt habe das Land für diesen Pakt 600 Mio. € aus dem Haushaltsüberschuss des Landes 2024 bereitgestellt. Die Vorabverteilung auf Gemeinden und Landkreise erfolge nach dem Aufteilungsverhältnis der Schlüsselzuweisungen auf Grundlage des Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetzes mit 50,9 % für Gemeinden und 49,1 % für Landkreise, die anschließende Verteilung nach Einwohnerzahlen würde unter Berücksichtigung eines Sockelbetrages von 200.000 € je Gemeinde erfolgen.

Letzte Woche seien an die niedersächsischen Kommunen die 400 Mio. € ausgezahlt worden. Der Anteil des Landkreises betrage 4.055.127 €, der Anteil der kreisangehörigen Gemeinden 4.185.127 €. Die restlichen Investitionsförderungsmittel seien bis 30.10.2028 abzurufen und würden für den Landkreis 2.027.563,21 € und für die kreisangehörigen Gemeinden 2.092.561,59 € betragen. Der Landkreis würde insgesamt 6.082.690,21 € erhalten und die kreisangehörigen Gemeinden 6.277.682,59 €.

Die Investitionsförderung sei Einzelinvestitionen zuzuordnen, die ab 2025 begonnen worden seien. Die Investitionen seien bis zum 31.12.2031 fertigzustellen.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Direktübertragungen der Sitzungen des Kreistages**  
**Vorlage: 2021-26/1027**

---

**Frau Dr. Fricke** führt aus, dies sei ein Vorschlag der Verwaltung im Rahmen der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung gewesen. Sie verweist hierzu auf die Ausführungen in der Beschlussvorlage. Die Zuschauerzahlen bei dem Livestream der Kreistagssitzungen seien auf einem geringen Niveau geblieben.

**Abg. Brandt** meint, der Livestream sei als reine Live-Übertragung der Kreistagssitzungen im Internet eine „Light-Version“ gewesen. Vielleicht wäre dieses Angebot besser angenommen worden, wenn man mehr Aufwand bei der Umsetzung betrieben hätte. Im Falle einer Wiederaufnahme des Livestreams sollte das Angebot für die Nutzer attraktiver gestaltet werden. Hierzu könnte bereits im Vorfeld ein Konzept erarbeitet werden.

**Abg. Stelling** erklärt, er sei bereit, den Livestream in der bisherigen Form einzustellen. Auch er meint, das Angebot sei nicht attraktiv genug, sondern ein Versuch gewesen. Häufig seien die Diskussionen zu den Sachpunkten bereits in den Fachausschüssen erfolgt, so dass die Kreistagssitzungen für die Zuschauer nicht so „interessant“ gewesen seien. Im Sinne der Haushaltskonsolidierung sollte der Livestream eingestellt werden.

### **Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:**

Die Direktübertragung der Sitzungen des Kreistages wird mit Wirkung vom 1. Januar 2026 eingestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 11 |
| Nein-Stimmen: | 0  |
| Enthaltung:   | 0  |

Punkt 6 der Tagesordnung: **Haushaltsplan 2026; hier: Beratung der Produkte der Teilhaushalte 1 und 9**  
**Vorlage: 2021-26/1066**

---

**Vorsitzender Harling** führt in den Sachverhalt ein. Er ruft die einzelnen Teilhaushalte auf und bittet um Fragen dazu.

Zum Teilhaushalt 11.1.03 fragt **Abg. Sievert**, ob die Sanierung des Gebäudes am Pferdemarkt in Rotenburg viel teurer werden würde.

**Frau Dr. Fricke** antwortet, wegen der zum Teil maroden Bausubstanz des Gebäudes, einschließlich der Parkgarage, würden Mehrkosten entstehen. Auch die notwendige energetische Sanierung sei kostenintensiv, so dass die ursprüngliche Kostenschätzung sich nicht halten ließe.

Zum Teilhaushalt 11.1.04 weist **Frau Dr. Fricke** darauf hin, dass die Ausstattung der Arbeitsplätze mit der Hardware für den „Arbeitsplatz der Zukunft“ kostenintensiv sei, es jedoch zukünftig jedem Mitarbeitenden des Landkreises ermöglichen würde, mobil zu arbeiten.

Die Nachfrage des **Abg. Sievert**, ob die Geräte zusätzlich mit einer SIM-Karte ausgestattet würden, wird von **Frau Dr. Stauke** verneint.

Zum Teilhaushalt 41.1.01 weist **Frau Dr. Fricke** darauf hin, dass durch die vom Land Niedersachsen angekündigte Erhöhung der Krankenhaumsulage der Landkreis mit zusätzlichen Aufwendungen in Höhe von 1,58 Millionen Euro belastet würde. Durch höhere Steuereinnahmen würden aber auch die Schlüsselzuweisungen für den Landkreis steigen. Die Gemeinden würden hiervon noch stärker profitieren.

**Frau Dr. Fricke** merkt an, dass für das Jahr 2026 keine zusätzlichen Personalstellen vorgesehen seien. Interne Bedarfe für mehr Personal würden durch Stellenverschiebungen innerhalb der Dezernate aufgefangen.

Auf die Frage des **Abg. Sievert**, wie viele Stellen aktuell unbesetzt seien und in welchen Bereichen Stellen nicht besetzt werden konnten, antwortet **Frau Dr. Fricke**, es gebe dauerhaft in der Landkreisverwaltung ca. 60 bis 80 unbesetzte Stellen. Dies sei eine im landesweiten Vergleich übliche Anzahl. Besonders im Bereich der IT und Ingenieure sei es schwierig, die Stellen zu besetzen.

**Abg. Brandt** weist darauf hin, dass die im Gesundheitsamt neu geschaffene Koordinierungsstelle zur Förderung der Niederlassung freiberuflicher Hebammen nicht überlastet werden dürfe. Hier müsse ggf. gegengesteuert werden.

### **Beschluss:**

Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2026 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit den in der Sitzung besprochenen Änderungen empfohlen.

### **Abstimmungsergebnis:**

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 11 |
| Nein-Stimmen: | 0  |
| Enthaltung:   | 0  |

Punkt 7 der Tagesordnung: **Entwurf des Stellenplans 2026 und der Stellenübersicht 2026 für den Nettoregiebetrieb Abfallwirtschaft**  
**Vorlage: 2021-26/1065**

---

Die Beratung zum Tagesordnungspunkt 7 erfolgte auch im Rahmen von Tagesordnungspunkt 6!

**Beschluss:**

Der Stellenplan 2026 sowie die Stellenübersicht 2026 für den Nettoregiebetrieb Abfallwirtschaft werden dem Kreisausschuss in der vorliegenden Form zur Beschlussfassung mit dem Haushaltsplan 2026 empfohlen.

**Abstimmungsergebnis:**

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 11 |
| Nein-Stimmen: | 0  |
| Enthaltung:   | 0  |

Punkt 8 der Tagesordnung: **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2026 und Stellenplan 2026**  
**Vorlage: 2021-26/1067**

---

**Frau Dr. Fricke** stellt die aktuellen Zahlen zum Haushalt 2026 anhand einer Präsentation vor (*Anmerkung zum Protokoll: Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.*) Aufgrund der positiven Entwicklung bei den Steuereinnahmen und der höheren Schlüsselzuweisungen werde sich das Defizit des Haushalts für 2026 auf 12,9 Millionen Euro reduzieren lassen. Damit wäre eine Erhöhung der Kreditaufnahme möglich. Dies sei positiv, weil man damit in die Lage versetzt werde, bei Bedarf weitere Kredite aufzunehmen und nicht die eigene Rücklage angegriffen werden müsse. Die Erhöhung der Kreisumlage sei nach wie vor gerechtfertigt, weil die Gemeinden auch von der Novelle des Nieders. Finanzausgleichsgesetz begünstigt würden.

**Abg. Harling** geht die Änderungsliste zum Haushalt durch.

**Abg. Brandt** erklärt, für die Wohnraumförderung seien 20.000 € entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion für erste Schritte zur Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft in den Haushalt eingestellt. Für das Wohnraumförderprogramm des Landkreises seien noch Mittel in Höhe von 135.000 € verfügbar. Das Programm sei sehr erfolgreich. Damit im nächsten Jahr insgesamt 10 weitere Anträge mit jeweils höchstens 30.000 € bewilligt werden könnten, beantragt sie hierfür einen Betrag in Höhe von 165.000 € zusätzlich in den Haushalt 2026 einzustellen.

**Abg. Stelling** weist darauf hin, dass sich der Landkreis im kommenden Jahr erheblich verschulden müsse. Er mahnt an, nicht mit dem geringeren Haushaltsdefizit sofort wieder mehr Geld auszugeben. Vielmehr müsse man an die Zukunft denken und nicht das Wünschenswerte mit Schulden realisieren, sondern die Ausgaben auf das Notwendige begrenzen.

**Abg. Sievert** weist auf die Deckelung der Beträge für die Sportförderung in Höhe von 250.000 € hin. Damit könnten nicht alle Förderanträge für 2026 in voller Höhe bedient werden. Er beantragt, die Summe für die Sportförderung auf 385.000 € (den Gesamtbetrag der förderfähigen Anträge) aufzustocken.

**Frau Dr. Fricke** erklärt, die neuen Regelungen bei der Sportförderung seien vom Kreistag erst im Sommer dieses Jahres beschlossen worden. Jetzt würden sie mit diesem Antrag wieder aufgehoben. Das vom Kreistag beschlossene Verfahren sei mit dem Kreissportbund abgestimmt und sie plädiere dafür, dies anzuwenden.

**Abg. Kück** meint, es sollten keine Wahlgeschenke verteilt werden. Er stehe dahinter, dass die Sportförderung gedeckelt würde. Er spricht sich gegen den Antrag des Abg. Sievert aus.

**Abg. Sievert** hält dem entgegen, dass sich die Situation seit Sommer 2025 geändert habe. Er hält seinen Antrag aufrecht.

**Abg. Brandt** erklärt, durch die Kürzung der Sportförderung würden besonders die kleineren Vereine möglicherweise Probleme bei der Umsetzung ihrer Projekte bekommen und vielleicht künftig keine Förderanträge mehr stellen. Dann würden nur die großen Vereine davon profitieren.

**Abg. Brandt** führt weiter aus, die Mittel für die Hebammenförderung sollten nach Ansicht ihrer Fraktion im Haushalt 2026 um 20.000 € erhöht werden. Mit diesem Betrag könnte die Ansiedlung von zwei Hebammen im Landkreis gefördert werden. Es solle ein Anliegen des Landkreises sein, dass sich freiberufliche Hebammen im Kreisgebiet niederlassen würden. Damit würde die Attraktivität des Landkreises für junge Menschen gesteigert. Sie beantragt die Aufstockung der Mittel für die Hebammenförderung um 20.000 € im Haushaltsplan 2026.

**Abg. Brandt** erklärt, zu den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung habe auch die Streichung der Stipendien für Medizinstudenten gehört. Aber auf dem Land seien viele Arztpraxen nicht mehr besetzt. Oftmals sei es für Zugezogene schwierig, eine Hausarztpraxis zu finden. Sie beantragt deshalb, die beiden Stipendien für Humanmedizin auch 2026 wieder zu vergeben und dafür wie bisher den Betrag von 18.600 € in den Haushaltsplan 2026 einzustellen.

Fragen des **Vorsitzenden Harling** zum Produkt 31.4.01 „Landeserstattung Eingliederungshilfe“ und zum Produkt 36.1.01 „Ganztagsbetreuung“ werden von **Herrn Bolz** und **Frau Dr. Fricke** beantwortet.

Auf die Frage des **Abg. Stelling**, ob der Landkreis bereits Informationen zu einer Beförderungspflicht des Landkreises für die Ferienbetreuung im Rahmen der Ganztagsbetreuung habe, antwortet **Frau Dr. Fricke**, dass dem Landkreis dazu noch keine Informationen vorliegen würden.

Anschließend wird im Ausschuss diskutiert, wie mit den in der Sitzung gestellten Anträgen

1. den Mittelbedarf für die Hebammenkoordinierung im Produkt 41.2.01 um 20.000 € zu erhöhen,
2. auch im Jahr 2026 zwei Studierende der Humanmedizin mit einem Stipendium zu unterstützen und hierfür im Produkt 41.2.01 den Betrag von 18.600 € in den Haushalt aufzunehmen,
3. die Wohnraumförderung im Jahr 2026 im Produkt 52.2.01 um 165.000 € aufzustocken, um bis zu 10 Anträge auf Wohnungsbau unterstützen zu können und
4. die investive Sportförderung nicht zu deckeln und für 2026 zusätzliche 135.000 € in den Haushalt aufzunehmen, um alle Anträge vollumfänglich bedienen zu können,

verfahren werden soll. Die Vertreter der SPD im Ausschuss beantragen über die Anträge 1. bis 4. jeweils einzeln abzustimmen. Die Vertreter der Mehrheitsgruppe beantragen stattdessen, den Antrag 4. abzulehnen und die Anträge 1. bis 3. an den Kreisausschuss zu verweisen.

Bei der anschließenden Abstimmung erhalten die Anträge der Mehrheitsgruppe die Mehrheit.

**Abg. Burfeind** schlägt vor, den Beschlussvorschlag zu diesem Tagesordnungspunkt dahingehend zu ändern, dass der Erlass der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan, Stellenplan und dem Investitionsprogramm unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen mit Ausnahme der drei in den Kreisausschuss verwiesenen Anträge empfohlen wird.

Hierzu besteht im Ausschuss Einvernehmen.

Dann folgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

### **Beschluss:**

Der Erlass der Haushaltssatzung 2026 mit dem Haushaltsplan 2026 und dem Stellenplan 2026 sowie der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung einschließlich Investitionsprogramm wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen mit Ausnahme der drei in den Kreisausschuss verwiesenen Anträge beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 11 |
| Nein-Stimmen: | 0  |
| Enthaltung:   | 0  |

Punkt 9 der Tagesordnung: **Bauprojekt: BRV-09-2 Gymnasium Sporthalle, Baumaßnahme; hier: Antrag auf Fördermittel des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BBSR) für Baumaßnahmen am Gebäude der Sporthalle des Gymnasiums Bremervörde**  
**Vorlage: 2021-26/1078**

---

**Frau Dr. Fricke** erläutert, es würde um einen Förderantrag an das Bundesbauministerium im Rahmen der sog. „Sportmilliarde“ gehen. Für einen solchen Förderantrag sei ein Beschluss des Kreistages notwendig. Die Sporthalle des Gymnasiums Bremervörde sei seit einiger Zeit sanierungsbedürftig. In der vom Amt für Gebäudemanagement des Landkreises erstellten ausführlichen Sitzungsvorlage seien die drei möglichen Varianten

- I. Komplettsanierung des Gebäudes,
- II. Neubau der Halle und Sanierung des Umkleide- und Sanitärbereiches
- III. Ersatzneubau des gesamten Gebäudes

umfassend dargestellt. Von der Verwaltung werde die Variante „Ersatzneubau“ favorisiert.

**Frau Ebenwalder** erläutert das Für und Wider der drei Varianten und beantwortet Fragen der Abgeordneten.

**Frau Dr. Fricke** gibt zu bedenken, dass die Voraussetzungen für eine Förderung schwer zu erfüllen seien. Das Förderprogramm werde vermutlich ohnehin überzeichnet sein. Die Wahrscheinlichkeit, für eine Förderung ausgewählt zu werden, würde deshalb als eher gering eingeschätzt.

**Abg. Stelling** meint, es solle die wirtschaftlichste Variante gewählt werden. Wie in der Vorlage dargestellt, solle ein Förderantrag für die Variante III gestellt werden. Sollte der Landkreis keine Förderung aus Bundesmitteln erhalten, solle zunächst über das weitere Vorgehen erneut beraten werden. Er schlägt vor, den letzten Halbsatz im Beschlussvorschlag entsprechend neu zu formulieren.

Hierzu besteht im Kreisausschuss Einvernehmen.

**Vorsitzender Harling** stellt den so geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:**

Der Landkreis Rotenburg wird am Interessenbekundungsverfahren für das Förderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen gemäß Variante III für den kompletten Ersatzneubau für die 3-Feld-Sporthalle des Gymnasiums Bremervörde teilnehmen und die damit einhergehende Beantragung von Fördergeldern vorsehen.

Der Landkreis wird unter dem Vorbehalt einer Förderung aus dem Programm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ die Baumaßnahme Sporthalle Gymnasium Bremervörde gemäß vorstehenden Erläuterungen in Form der Variante III umsetzen; andernfalls wird erneut hierüber beraten.

**Abstimmungsergebnis:**

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 11 |
| Nein-Stimmen: | 0  |
| Enthaltung:   | 0  |

Punkt 10 der Tagesordnung: **Anfragen**

---

Es liegen keine Anfragen vor.

**Vorsitzender Harling** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 15.55 Uhr.

Frau Dr. Stauke, Frau Ebenwalder, Herr Bolz und Herr Oestmann verlassen die Sitzung um 15.55 Uhr.